

Streit über Besoldung für Lehrer

LANDTAG Antrag von
SPD und Grünen von
schwarz-gelber
Mehrheit abgelehnt

VON MICHAEL HESSE
UND ANNE POLLMANN

Düsseldorf. Grundschullehrer müssen weiter auf eine ähnliche Besoldung wie Lehrer der Sekundarstufe II warten. Entsprechende Anträge der Grünen und der SPD wurden vom Düsseldorfer Landtag am Freitag mehrheitlich abgelehnt. Die ehemaligen Regierungsparteien forderten die Landesregierung auf, gegen Ungleichheiten in der Bezahlung von Grundschullehrern und Lehrern der Sekundarstufe I von bis zu 450 Euro vorzugehen. Jochen Ott (SPD) erklärte die Antragsabsicht auch mit dem großen Lehrermangel.

Der CDU-Abgeordnete Frank Rock sagte, dieser sei das Resultat der „miserablen Bildungspolitik der letzten Jahre“. Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) warf der rot-grünen Vorgängerregierung

Untätigkeit in der Schulpolitik vor. Ott warf der Regierung im Gegenzug Wahlkampfaktik vor.

„Ein gerechtes System einführen“

„Es muss endlich gehandelt werden, daher ist diese Debatte überfällig“, sagte die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dorothea Schäfer. „Wer dauerhaft etwas gegen den zunehmenden Lehrkräftemangel tun will, muss endlich ein gerechtes Besoldungssystem einführen. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I bei gleichwertiger Ausbildung rund 500 Euro weniger pro Monat verdient wird als an den Schulen der Sekundarstufe II.“

Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung in NRW, Udo Beckmann, sagte: „Wenn Lehrermangel und der damit verbundene Unterrichtsausfall insbesondere im Grundschulbereich nicht auf Dauer zum Schulalltag gehören sollen, brauchen wir als einen wesentlichen Baustein eine gleiche Besoldung, unabhängig von Schulform und Schulstufe.“

„Mehr Geld für Grundschullehrer“

SPD und Grüne fordern, die Lehrer in allen Schulstufen gleich zu bezahlen

Von Matthias Korfmann

An Rhein und Ruhr. Ein Lehrer am Gymnasium verdient jeden Monat 500 Euro mehr als eine Kollegin in der Grundschule – und das, obwohl die Ausbildung längst genau so lange dauert. Experten haben das als wichtige Ursache dafür ausgemacht, dass an den Grundschulen ein eklatanter Lehrermangel herrscht. Nun verdichten sich die Anzeichen, dass es in NRW künftig keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei der Bezahlung von Lehrern mehr geben wird. Der Landtag beschäftigte sich am Freitag mit Anträgen von SPD und Grünen, die „ungerechte Besoldung“ von Grundschullehrern und Pädagogen in der Sekundarstufe 1 zu beenden. Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) zeigte sich grundsätzlich offen für diese Vorstöße. „Wir gehen die bestehenden Ungerechtigkeiten und Herausforderungen bei der Besoldung der Lehrkräfte

an. Wir werden handeln“, versprach Gebauer, allerdings ohne ins Detail zu gehen und einen Zeitplan zu nennen.

Als sicher gilt, dass sich stellvertretende Leiter von Grund- und Hauptschulen bald über eine Gehaltserhöhung freuen dürfen. Die alte rot-grüne Landesregierung hatte in einem ersten Schritt die Bezüge der Schulleiter angehoben, ihre Stellvertreter gingen aber zunächst leer aus. „Wir werden diesen

Fehler zeitnah korrigieren“, sagte Frank Rock (CDU).

Seit 2009 durchlaufen alle Lehr- amtsanwärter eine gleich lange universitäre Ausbildung. Dennoch müssen sich Berufseinsteiger zum Beispiel an Grund-, Haupt- und Realschulen mit der Besoldung A12 begnügen, Lehrer in der Sekundarstufe 2, zum Beispiel an Gymnasien, erhalten zum Start A13. Rund 500 Euro macht dieser Unterschied im Monat aus.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

Lehrergewerkschaften wie GEW und VBE finden das zutiefst ungerecht. Sie fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Weil insbesondere an Grundschulen gerade Lehrermangel herrscht, wäre eine gerechtere Bezahlung aus der Sicht von SPD und Grünen besonders wichtig. „Die Besoldung beeinflusst auch die Studienwahl“, sagte Sigrid Beer (Grüne). Es sollte nicht so sein, dass sich jemand aus finanziellen Erwägungen gegen das Grundschullehramt entscheidet.

Die Gewerkschaften fordern übrigens noch mehr „Gerechtigkeit“ ein: Nicht nur Berufseinsteiger, sondern auch schon im Dienst befindliche Lehrer sollten höher eingruppiert werden. Auch mit der ungleichen Bezahlung von verbeamteten und angestellten Lehrern müsse Schluss sein. **Klartext 5.2**

BISHER KAUM BEWERBER AUF DIE OFFENEN STELLEN

■ **Mehr als 1000 Lehrer** fehlten in NRW zum Beginn des Schuljahres. Besonders betroffen: die Grundschulen. Es gibt kaum Bewerbungen.

■ **Große Hoffnung:** Ende Oktober werden zahlreiche Lehr- amtsanwärter ihren Vorbereitungsdienst beenden und auf Stellensuche gehen.

Gerechte Bezahlung

Lehrer sollen gleich verdienen

Von Peter Toussaint (p.toussaint@nrz.de).

Das gehört zu den Kuriositäten unter den Spielregeln unserer parlamentarischen Demokratie: Kaum nimmt man auf den harten Stühlen der Opposition Platz, wird all das von den Nachfolgern gefordert, was man in eigenen Regierungsjahren längst hätte regeln können – aber dann doch nicht angepackt hat. Der Widerspruch, dass Grundschullehrer genauso lang studieren und genauso lang, aufreibend und verantwortungsvoll arbeiten wie die Kollegen an weiterführenden Schulen – dafür aber deutlich schlechter bezahlt werden, gehört dazu. Immerhin: Sylvia Löhrmann hat mit der höheren Besoldung der Schulleiterinnen einen Anfang gemacht. Jetzt muss es schnell weitergehen. Dann wollen auch wieder mehr junge Leute Grundschullehrer werden. Und es fällt weniger Unterricht aus!

Mehr Wertschätzung

Matthias Korfmann
zur Lehrerbesoldung

In NRW herrscht Lehrermangel. Zu Beginn dieses Schuljahres waren mehr als 2000 Stellen unbesetzt. Neben Berufskollegs und Förderschulen trifft dies besonders die Grundschulen. 500 Euro mehr für Grundschullehrer – das würde den Beruf deutlich attraktiver machen. Die Verbesserung wäre also nützlich im Kampf gegen den Lehrermangel an diesen Schulen.

Eine bessere Besoldung wäre zudem nur gerecht. Denn es ist nicht zu erklären, warum Pädagogen, die sich um Sechs- bis Zehnjährige kümmern, weniger Geld bekommen als ihre Kollegen, die in der Oberstufe unterrichten. Die Ausbildung ist gleich lang und gleich anspruchsvoll, die Verantwortung ist sowieso vergleichbar. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wer dies als richtig erkennt, muss sich auch mit den anderen Ungleichheiten bei der Lehrerbezahlung beschäftigen. Die Gehaltsunterschiede zwischen angestellten Lehrern und Beamten sind ebenfalls nicht zu rechtfertigen. Landtag und Landesregierung scheinen sich inzwischen einig zu sein, dass Wertschätzung für Lehrer und Unterschiede in der Besoldung nicht zusammenpassen. Aus dieser Erkenntnis sollte schnell praktische Politik werden.

Gleiche Besoldung gefordert

Parteien wollen Unterschiede bei Lehrer-Gehältern abschaffen.

Von Kristin Dowe

Düsseldorf. Das Thema Schulpolitik ist in Nordrhein-Westfalen traditionell emotional besetzt – so auch in der gestrigen Plenarsitzung im Düsseldorfer Landtag: Einen Moment lang klang es so, als wolle Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) tatsächlich über Parteigrenzen hinweg eine sachliche Debatte über die Besoldung von Lehrern in NRW führen, als sie SPD und Grünen zu Beginn ihrer Rede dankte, dass sie das Thema in ihren Anträgen aufs Tabrett gebracht hatten.

Dann aber wechselte die Liberale spielend in den Modus der Parteipolitikerin, als sie die Opposition wohl eher rhetorisch fragte: „Sagt Ihnen die Zahl 1876 etwas?“ Exakt so viele Tage habe Rot-Grün nichts unternommen, um die ungleiche Besoldung von Lehrkräften in NRW zu beseitigen. Ein zweifelhaftes „Wahlgeschenk“ der vormaligen Landesregierung sei der Schritt gewesen, zwar die Besoldung der Schulleiter zu erhöhen, deren Stellvertreter aber nicht zu berücksichtigen. Gleichzeitig versprach sie, die Regierung werde nun handeln – auch, um den Lehrkräften in NRW die ver-

diente Wertschätzung entgegenzubringen.

Ein ganzes Paket von Maßnahmen hatte die SPD gefordert, um dem Lehrermangel insbesondere an Grundschulen entgegenzuwirken und eine „drohende Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer“ zu verhindern. So wollen die Genossen gemäß ihrem Antrag die Unterschiede in der Besoldung von Lehrern in verschiedenen Schulformen sowie zwischen verbeamteten und angestellten Lehrern aufheben, ein Jobticket für alle Lehrer anbieten und ihnen eine „Weiterbildungsgarantie“ gewährleisten.

Jochen Ott, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verteidigte die Bilanz der alten Landesregierung gegen die Angriffe von CDU, FDP und AfD leidenschaftlich – immerhin habe Rot-Grün 16 000 Lehrerstellen geschaffen. Gleich zweimal muss ihn Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke zur Ordnung rufen – ihre Frage, ob Ott eine Zwischenfrage zulassen wolle, stieß bei diesem auf taube Ohren.

FDP will Lehrer mit Assistenten für Verwaltungsarbeit entlasten

Die hehren SPD-Wünsche dürften zwei Wochen vor der Bundestagswahl wohl auch auf das Wählerpotenzial bei Pädagogen abzielen.

Vorwürfe an die Vorgängerregierung im Hinblick auf rot-grüne Versäumnisse in der

Schulpolitik machte derweil auch die FDP-Abgeordnete Franziska Müller-Rech, nannte in ihrer Rede aber zumindest zwei konkrete Verbesserungsvorschläge für die Situation an den Schulen: So will die FDP Lehrer von unnötigen Dokumentationspflichten entbinden und sie durch den Einsatz sogenannter

Schulverwaltungsassistenten von administrativer Mehrarbeit entlasten. „Die Lehrer müssen raus aus dem Büro und wieder rein ins Klassenzimmer“, so Müller-Rech.

Der AfD-Abgeordnete Helmut Seifen, selbst Schulleiter an einem Gymnasium im münsterländischen Gronau, beklagte (fernab vom Thema der Besoldungsfrage) eine „linksideologische Spaßpädagogik“ – die Schulen sollten „Autorität wieder als Form der Menschenführung einsetzen“.